

19. Jahrhunderts gab es solche und ähnliche Positionen zu Genüge: Gott vor allem als entscheidende Legitimation der staatlichen Ordnung. Wer für die Kirche war, mußte nicht unbedingt gläubig sein. Es reichte, sie schlichtweg für gesellschaftlich unentbehrlich zu erachten. Folglich kann Esther Vilar auch wenig mit einer Kirche anfangen, die nach und nach auf Privilegien verzichtet, die bescheidener wird, demütiger auftritt, sich für das Los der Kleinen und Armen verwendet. In ihren Augen gibt die Kirche damit ohne Not nur die eigene Autorität auf. Daß sie an Glaubwürdigkeit zunehmen kann durch ihre größere Nähe zu den Menschen, daß sie ihrem biblischen Auftrag dadurch näher kommt, daß es überhaupt eine Instanz wie die Bibel gibt, die als kritisches Korrektiv der Kirche und denjenigen gegenüber, die an den Gott Israels und Jesu glauben, wirkt, das bleibt bei ihr ausgeblendet.

Vorbereitung auf den Papstbesuch?

Vilar könnte mit diesem Stück Vorstellungen vom Katholizismus, zumal in protestantischer Umgebung, verfestigen helfen, gegen die auch ein konservativ denkender Papst wie Johannes Paul II. in Schutz genommen werden muß. Der Hinweis Vilers im Nachwort, der Text sei „unter dem Eindruck der Reisen von Johannes Paul II. und der weltweiten Diskussion über die Werte des Katholizismus“ entstanden, liest sich wie der Versuch, ihren Freiheitsbegriff als in irgendeiner Weise dem des Katholizismus ähnlich hinzustellen. Daß es ihn in ähnlicher Form, zumal in popularisierender Darstellung, gegeben hat, daß er hier und da noch heute in einigen Köpfen überwintert, kann nicht bestritten werden. Ebenso wenig daß es für jede Religion immer auch eine Versuchung darstellt, sich in solchen Autoritarismus zu flüchten.

Vilar mag die „Festigkeit, mit der der Papst die Grundsätze der heutigen Kirche vertritt“ bewundern, aber ihr Freiheitsbegriff hat dennoch nichts mit der Auffassung von menschlicher Freiheit eines Johannes Paul II. zu tun: „Auch heute, nach 2000 Jahren, erscheint uns Christus als der, der dem Menschen die Freiheit bringt, die auf der Wahrheit begründet ist, als der, der den Menschen befreit von allem, was diese Freiheit in der Seele des Menschen, in seinem Herzen und in seinem Gewissen beschränkt, schmälert und gleichsam von den Ursprüngen selbst trennt“ (Redemptor hominis Nr. 12).

Zugleich aber würde man es sich zu leicht machen, Vilers Pamphlet nur zu kritisieren. Daß es mit einer bloß anpasserischen Liberalität nicht getan ist, daß die faktische Realisierung der Liturgiereform keineswegs über jeden Zweifel erhaben war, das wird man inzwischen auch auf die Gefahr hin sagen können, damit den Falschen Wasser auf ihre Mühlen zu geben. Nur wäre es ungeschichtlich und unbiblisch, hier Restauration zu empfehlen, wie es u. a. Vilar tut. Einem autoritären Religionsverständnis wie dem der Vilar muß jede Haltung der Kirche, aus der mehr Bereitschaft zu Versöhnung, Dienst am Menschen und Demut spricht als Strenge und Rigorismus, als Aufweichung und bloße Anpassung erscheinen. Radikalität im Sinne des Evangeliums, Aushalten des Kreuzes ist jedoch etwas anderes als Rigorismus und Autorität auf Grund von monarchistischem Gepränge.

Bleibt zu hoffen, daß sich die Zürcher noch aus anderen Quellen auf den Besuch des Papstes in der Schweiz vorbereiten als diesem Theaterstück. Es wäre schade, wenn nur diejenigen Bestätigung fänden, die immer schon zu wissen meinen, daß Religion mit Freiheit schlechterdings unvereinbar sei.

Klaus Nientiedt

Kurzinformationen

Zum Ende des Außerordentlichen Heiligen Jahres hat sich Johannes Paul II. mit einem Apostolischen Schreiben an die Ordensleute gewandt. Das am 29. März veröffentlichte Schreiben „Redemptionis Donum“ (vgl. Osservatore Romano, 30. 3. 84) setzt sich nicht mit den gegenwärtigen Veränderungen und Schwierigkeiten im Ordensleben auseinander, sondern bietet eine mit zahlreichen Bibelworten durchsetzte Betrachtung über Berufung, Ordensprofeß und Apostolische Räte. Die Struktur der *Berufung zum Ordensleben* verdeutlicht der Papst anhand der Perikope vom reichen Jüngling. In der Struktur der Berufung werde die Begegnung mit der Liebe Christi ein „ganz personaler Akt.“ Diese Liebe umfasse die ganze Person in ihrem einen und unwiederholbaren Ich. Die *Ordensprofeß* versteht das Schreiben als ein auf der sakramentalen Grundlage der Taufe ruhendes neues „Begrabenwerden im Tod Christi“; diese Weihe sei zugleich Tod und Befreiung. Die Beziehung zwischen Christus und den Ordensleuten wird beschrieben als ein Bund bräutlicher Liebe, als eine „besondere Teilnahme am Kreuzestod des Erlösers“. Die *evangelischen Räte* der Keuschheit, der Armut und des Gehorsams bildeten in der Ökonomie der Erlösung die radikalsten Mit-

tel, um im Herzen des Menschen die Beziehung zur Welt umzugestalten. So nehmen dem Schreiben zufolge die Ordensleute durch das Gelübde der Keuschheit an der Ökonomie der Offenbarung teil, indem sie freiwillig auf die „zeitlichen Freuden des Ehe- und Familienlebens“ verzichten. Die Kirche sei sich bewußt, daß die Liebe der Ordensleute zu Christus ein „besonderes Gut für das ganze Volk Gottes“ darstelle. Die Ordensleute sollten die nach den Konzil erneuerten Konstitutionen kennenlernen, sie lieben und vor allem großmütig und treuherzig leben, „dessen eingedenk, daß der Gehorsam ein unmißverständlicher Ausdruck der Liebe ist“.

Aus Anlaß der Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 verabschiedete die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft eine Erklärung zum Thema „Wozu Europa?“ Viele Bürger der EG scheine ein *Mangel an Vertrauen in die Zukunft* zu erfassen, heißt es darin. Zu den Ursachen hierfür gehören nach Ansicht der Bischöfe u. a. die Arbeitslosigkeit, die neuen Formen der Armut, die Situation zahlreicher Immigran-

ten, die Zunahme von Gewalt und Terrorismus, das Anwachsen der Rüstung sowie die Bedrohung des Weltfriedens. Folge dieses Mangels an Vertrauen sei eine Tendenz zu Abkapselung und individuellem und kollektivem Egoismus. Die frohe Botschaft Jesu Christi gebe die Gewißheit, daß keine Situation ausweglos sei, daß es mithin möglich sei, „eine neue Gesellschaft zu errichten im Dienst des Menschen und eines Europa, das weit über die Grenzen der Gemeinschaft hinausreicht“. Die *Herausforderungen*, die durch die Ost-West- und Nord-Süd-Spannungen entstanden seien, könnten nur bestanden werden auf Grund gemeinsamer Anstrengung. Die EG könne sich im übrigen nicht damit zufriedengeben, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu sein. „Der wirtschaftliche Fortschritt steht im Dienst des Menschen und nicht umgekehrt.“ Errichtet werden müsse ein Europa, in dem „jeder Mensch und jede Familie in ihrer unveräußerlichen Würde anerkannt werden, ... in dem jede Kultur und jede geistige Gemeinschaft sich entwickeln und gegenseitig bereichern, ... in dem Immigranten und Flüchtlinge ihren Platz finden, ... das in den Ländern der Dritten Welt echte Partner sieht“. Das Evangelium bezeichnen die Bischöfe als „Quelle der Hoffnung für Europa“.

Anfang April legte die Evangelische Kirche in Deutschland eine Landwirtschaftsdenkschrift vor. Die von der Kammer der EKD für soziale Ordnung erarbeitete Denkschrift handelt von der Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen „Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluß“. Bei der Analyse zukünftiger *Struktur- und Agrarentwicklung* plädiert die Denkschrift für eine „bäuerlich geprägte Landwirtschaft als regional unterschiedliches Mit- und Nebeneinander von landwirtschaftlichen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben“. Eine solchermaßen strukturierte Landwirtschaft sei in der Lage, sich bei entsprechenden politischen und volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Erfordernissen einer *natur- und umweltverträglichen* Agrarproduktion anzupassen. Auch in der Landwirtschaft sei der Weg zurück in ein vortechnisches und vorindustrielles Zeitalter versperrt; das Heilmittel heiße nicht Verzicht auf Technik, sondern *Anpassung der Technik an ökologische Erfordernisse*. Die landwirtschaftliche Tierhaltung solle auf Bestandsgrößen und Haltungssysteme eingeschränkt werden, die eine artgemäße Betreuung und damit einen verantwortungsvollen Umgang mit den Nutztieren erlaubten. Die Denkschrift plädiert ebenso für die fortschreitende Bevorzugung naturgemäßer umweltfreundlicher Anbau- und Pflanzenschutzverfahren. Im Blick auf die Ernährungssituation in der Dritten Welt fordert die Denkschrift eine „*weltweite Solidargemeinschaft*“. So dürfe bei einer Neuordnung der EG-Agrarpolitik nicht übersehen werden, daß die Ausformungen und Auswirkungen dieser Politik in einen Widerspruch zu den erklärten Zielen der Entwicklungspolitik der EG und ihrer Mitgliedsstaaten geraten sei. Zur Aufgabe der Kirche auf dem Land wird festgestellt, sie könne ein *Ort der Begegnungen* für die unterschiedlichsten Gruppen im Dorf sein.

Ein Appell an die Mitglieder des National- und Bundesrates, die Frage der Abtreibung aus dem Parteienstreit herauszuhalten und verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Ungeborenen zu setzen, war einer der Schwerpunkte der Frühjahrskonferenz von Österreichs Bischöfen am 9. bis 12. April in Wien. Eine von der Plattform „Geborene für Ungeborene“ an National- und Bundesrat gerichtete Petition fand die Unterstützung durch die Unterschriften aller österreichischen Bischöfe. Dabei wollten die Bischöfe ihr Eintreten für einen umfassenden Schutz menschlichen Lebens nicht auf eine Debatte um die Abänderung von Straf-

rechtsparagrafen eingeengt wissen, vielmehr ginge es, so Pressesprecher Weihbischof *Helmut Krätzl*, um eine verstärkte Grundsatzdiskussion über den Zugriff auf menschliches Leben überhaupt, also etwa auch in der Genmanipulation oder in der Friedensfrage. Gerade bei jungen Menschen hätte sich ein diesbezüglicher Bewußtseinswandel angebahnt, der beispielsweise auch zum Zusammenschluß verschiedenster Jugendgruppierungen in obiger Plattform geführt habe.

Außerdem setzten sich die österreichischen Bischöfe mit den Ämtern und Diensten in der Kirche auseinander, wobei sie Männer und Frauen als hauptamtliche Mitarbeiter der Kirche sehr begrüßten, gleichzeitig aber auf die einander ergänzenden Funktionen aller Ämter in der Kirche verwiesen und die gegenseitige Unersetzbarkeit betonten. Eine Verstärkung der Solidarität zwischen den Bischöfen und Priestern soll nach Meinung des Episkopats dadurch herbeigeführt werden, daß eine gemeinsame Prioritätensetzung in der Seelsorge gesucht und eine Intensivierung des Einsatzes von Diakonen und Laien zur Entlastung der Priester vorgesehen würde. Der grundsätzlicheren Überlegung, was heute zu den unverzichtbaren priesterlichen Aufgaben zählt, scheint in den Beratungen der Bischofskonferenz kein breiterer Raum gegeben worden zu sein.

Schließlich wurde noch das positive Echo hervorgehoben, das der im Herbst 1983 ergangene Aufruf der Bischöfe zur Versöhnung gefunden habe; gemeinsam mit Katholikentag und Papstbesuch habe er zu einem wesentlich kirchenfreundlicheren Klima in der Öffentlichkeit – und mancherorts zu einer geringeren Zahl von Kirchenaustritten – geführt.

Der seit fünf Jahren angestrebte Zusammenschluß der acht evangelischen Landeskirchen der DDR ist am Votum der Berlin-brandenburgischen Synode gescheitert. Der *Stufenplan*, dem die anderen sieben Landeskirchen zugestimmt haben, fand in der Synode der Berlin-brandenburgischen Landeskirche auch bei der Abstimmung am 10. April nicht die erforderliche Mehrheit. Schon 1981 war die notwendige Zweidrittelmehrheit knapp verfehlt worden. Damit muß jetzt nach *neuen Wegen* für eine stärkere Zusammenarbeit der fünf unierten und drei lutherischen Landeskirchen gesucht werden. Neben dem Einigungsplan standen auf der Tagesordnung der Synode das *Verhältnis der Kirche zum Staat* wie auch die Auswirkungen der gegenwärtigen *Ausreisewelle* für das kirchliche Leben. Bischof *Gottfried Forck* äußerte in einem Vortrag vor den Synodalen Besorgnis darüber, daß die Formel „Kirche im Sozialismus“ von staatlicher Seite gelegentlich so ausgelegt werde, als bejahe die Kirche damit kritiklos alle Entscheidungen und Maßnahmen des sozialistischen Staates. Mit dieser Formel sei aber nur die Art der Gesellschaft bezeichnet, in der die christlichen Bürger der DDR ihren Weg gehen wollten. Das schließe Schwierigkeiten mit dem Staat nicht aus. Als Problem bezeichnete Forck die Frage, wie das staatliche Erziehungsziel der „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ mit der in der DDR-Verfassung garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit zu vereinbaren sei. Im Bericht der Kirchenleitung vor der Synode wurde Besorgnis über die *Ausreiseträge* von Pfarrern, anderen kirchlichen Mitarbeitern und Gemeindegliedern geäußert. Gemeinden und Mitarbeiter sollten bedenken, „daß uns die Bewahrung und Verheißung unseres Herrn Jesus Christus auch in diesem Land trägt und erhält“. Wie aus dem Bericht ebenfalls hervorging, nehmen in der Berlin-brandenburgischen Kirche gegenwärtig etwa zehn Prozent der schulpflichtigen Kinder am evangelisch-kirchlichen Unterricht und anderen Gemeindeveranstaltungen teil. Der Anteil ungetaufter Kinder in den Christenlehregruppen betrage etwa 15 Prozent.